



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Streik ist die richtige Antwort auf ihre Krisen-Politik!

Seit Wochen gibt es kaum einen Tag, ohne dass Arbeitende einer Branche – angesichts der so stark gestiegenen Preise – für höhere Löhne streiken.

Das Sicherheitspersonal der Flughäfen streikt, die Wachdienste einiger Firmen, außerdem diejenigen, die bei der Luft-hansa das Gepäck verladen und hinter den Schaltern stehen.

Seit acht Monaten streiken außerdem immer wieder die Verkäufer*innen von Rewe, Ikea oder Kaufland: Konzerne, die für die Kunden die Preise drastisch erhöht haben und Milliardengewinne machen, doch ihren Arbeitenden nicht mal die Inflation ausgleichen wollen.

Manche Berufsgruppen haben zum allerersten Mal gestreikt: wie die Arzthelfer*innen, die kaum mehr als den Mindestlohn verdienen.

Außerdem streiken die Arbeitenden, die die Busse und Bahnen fahren. Sie fordern höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, weil der Stress und die Arbeitszeiten unerträglich geworden sind. Und was antworten ihnen die Vorstände? Wenn sie mehr Lohn bräuchten, sollten sie lieber... noch MEHR arbeiten, am besten gleich 43 Stunden die Woche!

Streik ist die einzige mögliche Antwort auf ihre dreiste Haltung – eine Antwort, die wir ihnen am besten mit noch viel mehr Arbeitenden und Branchen, und alle gemeinsam geben sollten!

Die herrschenden Parteien beklagen, dass wir bald „französische Verhältnisse“ hätten, weil ständig gestreikt und demonstriert würde. Klar, sie hätten natürlich lieber, wenn wir still hinnehmen würden, wie sie und die Kapitalisten uns immer ärmer machen.

Bezeichnend ist auch die Haltung der AfD, die sich so gerne als Anwalt der kleinen Leute darstellt. Sie hat versucht, sich als Verteidigerin der Bauern darzustellen. Doch bei den Streiks hat man sie weder gesehen noch gehört.

Denn die AfD steht auf Seiten der Kapitalisten. Sie findet, dass diese schon „zu

viel“ Lohn zahlen müssten und wir am besten noch mehr und länger arbeiten sollten. Daher findet sie es gar nicht gut, wenn Arbeitende gegen Unternehmer und deren Angriffe streiken. Die AfD spielt sich also nur so lange als Verteidigerin der kleinen Leute auf, wie wir alles mit uns machen lassen.

Aufgrund der Krise gehen die Herrschenden derzeit besonders zum Angriff über. Die Wirtschaft in Deutschland ist letztes Jahr leicht zurückgegangen. Die Produktion ist im Schnitt um 1-2% gesunken, in einigen wenigen Branchen wie der Chemie um über 10%. Und zahlreiche Unternehmen haben weniger verkauft als in den Jahren davor.

Das hat die deutschen Konzerne jedoch nicht daran gehindert, ihren Aktionären trotzdem so viel Dividende zu zahlen wie noch nie! Insgesamt sind die Aktionäre in Deutschland sogar um 200 Milliarden Euro reicher geworden.

Sie könnten also problemlos den leichten Rückgang der Wirtschaft verkraften. Doch wie immer finden sie es selbstverständlich, dass allein die arbeitende Bevölkerung die Krise bezahlt.

Zur Rechtfertigung erzählen sie uns, Deutschland wäre „zu teuer“ und sie „müssten“ Kosten senken. Deshalb könnten sie unsere Löhne nicht an die Inflation anpassen. Deshalb „müssten“ sie (wie Miele) entlassen, Standorte schließen oder verlagern.

Deshalb bräuchten sie auch unbedingt weitere Steuersenkungen und „Wirtschaftshilfen“ vom Staat. Milliardengeschenke (wie jüngst die 60 Milliarden), die der Staat dann bei uns einsparen muss: bei den Löhnen der Bus- und Bahnfahrer, den Krankenhäusern, bei der gesamten einfachen Bevölkerung.

Und FDP-Finanzminister Lindner, Grünen-Wirtschaftsminister Habeck und CDU-Chef Merz überbieten sich regelrecht darin, immer noch mehr und noch größere Steuer-Senkungen und Milliardengeschenke für die Kapitalisten vorzuschlagen, die dann wieder bei uns eingespart werden sollen.

Seit neuestem behaupten sie sogar, der Wirtschaftsrückgang käme auch daher, dass wir alle... „zu wenig“ arbeiten würden und zu viele Krankenscheine hätten! Jeder kann sich ausrechnen, welche Angriffe sie mit dieser dreisten Propaganda vorbereiten.

Doch ihre Angriffe führen zwangsläufig zu Wut und Widerstand. Und wir Arbeiter*innen spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Die Proteste der Bauern zum Beispiel richten sich ausschließlich gegen die Regierung. Sie fordern Hilfen für alle Bauern, von denen am Ende die Großbauern das Meiste bekommen. Das System hingegen, das die kleinen Bauern zu Armut verurteilt, während es die Agrar- und Lebensmittelkonzerne bereichert, bleibt unangetastet.

Streiks hingegen greifen die wahren Verantwortlichen an: die Kapitalisten und ihre riesigen Vermögen. Mit ihnen wird die für unsere Zukunft entscheidende Frage auf den Punkt gebracht: Entweder gewinnt die kleine Minderheit reicher Kapitalisten – oder wir! Wir Arbeitenden sind uns dessen oft nicht bewusst, doch dadurch liegt die größere, entscheidende Macht bei uns.

In den Streiks der letzten Wochen konnten wir sehen, welche zentrale Rolle wir Arbeitenden in der Wirtschaft spielen. Einige tausend Lokführer konnten den Zugverkehr und über die Güterzüge auch Teile der Industrie zum Stillstand bringen. Und ohne das Sicherheitspersonal oder die Gepäckverlader standen ganze Flughäfen still.

Diese zentrale Rolle in der Wirtschaft verleiht uns Macht: zumindest, wenn wir nicht wie im Moment jeder alleine, sondern über Betriebe und Branchen hinweg zusammen kämpfen. Gemeinsam haben wir so die Kraft, uns gegen ihre Angriffe zu verteidigen – und morgen diese kaputte kapitalistische Gesellschaftsordnung durch eine andere zu ersetzen, in der die Wirtschaft in den Händen der Arbeitenden liegt und nicht mehr dem Profit, sondern den Interessen der Allgemeinheit dient.

Wie weiter nach den Massenprotesten gegen den Rechtsextremismus?

Seit mittlerweile einem Monat gehen Hunderttausende gegen die wachsende Gefahr des Rechtsextremismus auf die Straße. In den letzten Monaten war deren Hetze gegen Flüchtlinge, Arbeitssuchende oder auch Klimaaktivisten überall vorherrschend: in der Politik, den sozialen Medien und teilweise auch in Diskussionen im Bekanntenkreis. Durch die Massendemonstrationen wird sichtbar, dass viele diese Ansichten nicht teilen.

Doch natürlich ist klar, dass die Demonstrationen allein die gefährliche Rechtsentwicklung der letzten Zeit nicht aufhalten. Das zeigen nicht nur die guten Wahlergebnisse der AfD bei den Nachwahlen in Berlin.

Die regierenden Parteien ebenso wie CDU/CSU behaupten, man könne den Einfluss der AfD nur zurückdrängen, wenn man gleichzeitig die angeblichen „realen Probleme der Migration“ bekämpfe, die die AfD anspreche. Teilweise am gleichen Tag, an dem die Mitglieder der Regierung auf Demonstrationen für „Vielfalt und Demokratie“ gespro-

chen haben, haben sie Gesetze verabschiedet, die die zwangsweise Ausweisung von abgelehnten Asylbewerbern beschleunigen und erlauben, Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen in Lager zu sperren. Sprich, um (angeblich) die AfD zu bekämpfen, verfolgen sie selber die Migranten.

Die herrschenden Politiker haben verkündet, sie wollten „die Demokratie wehrhafter“ machen, mit mehr juristischen Verboten und Polizei-Einsätzen gegen Rechtsextreme. Doch diesen Kräften noch mehr Macht zu verleihen, schützt nicht die Demokratie, im Gegenteil. Denn gegen wen werden sie ihre Macht wohl nutzen?

In den letzten Tagen hat sich dies bereits angedeutet. Denn schnell haben die herrschenden Politiker nicht mehr nur von Rechtsextremismus gesprochen, sondern von härteren Maßnahmen gegen „alle Extremisten, auch Linksextremisten“. Wer soll das überhaupt sein? Und warum braucht man jetzt auf einmal Verbote und härtere Maßnahmen gegen sie?

Außerdem sprechen sie nun im gleichen Atemzug von Maßnahmen gegen „jede Form von Antisemitismus“, womit sie vor allem die Proteste gegen den Massensoldatenmord durch den israelischen Staat im Gazastreifen meinen, die sie von Beginn an als „antisemitisch“ verleumdet haben.

Im Namen der Verteidigung der Demokratie treiben die Herrschenden also selber die Rechtsentwicklung, die Verfolgung von Migranten und die Einschränkung demokratischer Rechte voran. Was das genaue Gegenteil von dem ist, wofür ein bedeutender Teil der Demonstrierenden auf die Straße geht!

Wer die gefährliche Rechtsentwicklung wirklich bekämpfen will, darf sich nicht auf die Herrschenden verlassen. Diesen Kampf müssen wir – die arbeitende Bevölkerung – selber in die Hand nehmen. Und vor allem muss man ihre Ursachen bekämpfen: die marode kapitalistische Gesellschaftsordnung, die mit ihren zunehmenden Krisen Existenzängste auslöst und mit ihrer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen Verzweiflung und Wut hervorruft.

Ukraine: Ein Armee-Chef, der noch mehr Menschenleben verheizen soll

Der ukrainische Präsident Selenskij hat den sehr beliebten Armee-Chef Saluschnyj abgesetzt. Dieser hatte es gewagt offen auszusprechen, was viele denken: Dass der Krieg in einer Sackgasse steckt.

Selenskij hat mit der Absetzung einen politischen Rivalen beseitigt und gleichzeitig deutlich gemacht, dass keine Kritik an dem Sinn des Krieges erlaubt ist. Schließlich hat die Regierung gerade erst ein Gesetz verabschiedet, das noch mehr Männer in den Kriegsdienst zwingen will – was alles andere als Begeisterung in der Bevölkerung hervorruft.

Immer weniger wollen ihr Leben verlieren in diesem aussichtslosen Krieg, der nicht ihre Freiheit schützt, sondern nur Tod und Zerstörung bringt.

Auf dem Land versuchen Bauern sich vor den Feldjägern zu verstecken. In der Stadt vermeiden Männer im wehrpflichtigen Alter Bahnhöfe, U-Bahn-Stationen, ja schlafen teilweise auf der Arbeit, um nicht den Razzien der Feldjäger in die

Arme zu laufen. Ein Kommandant der Armee hat offen geraten, allen Männern, die bei Razzien zu fliehen versuchen, in die Beine zu schießen.

Dafür also sollen die Ukrainer ihr Leben opfern: Um eine Regierung zu verteidigen, die ebenso verachtend und unterdrückerisch ist wie Putins Regime auf anderer Seite!

Selenskij, der sich voll und ganz in den Dienst der westlichen Großmächte gestellt und sein politisches Schicksal an den Krieg geknüpft hat, will ihn um jeden Preis fortsetzen – wie viele Menschen auch immer dabei sterben.

Dabei helfen soll ihm der neue Militärfeldchef Sy-

rskij, der berüchtigt dafür ist, für seinen Ehrgeiz über Leichen zu gehen.

USA, Deutschland und die anderen europäischen imperialistischen Staaten sind natürlich begeistert von dieser Durchhalte-Politik, die für ihren Machtkampf mit Russland die ukrainischen und russischen Friedhöfe füllt... und obendrein die Auftragsbücher der westlichen Rüstungskonzerne, allen voran des deutschen Konzerns Rheinmetall!



Proteste gegen das neue Gesetz, das noch mehr Männer zwingen soll, in den Krieg zu ziehen

Gaza: Wie weit wird das Blutbad noch gehen?

In 120 Tagen hat die israelische Armee bereits mindestens 28.000 Palästinenser getötet, darunter viele Kinder. Große Teile des Gaza-Streifens liegen in Schutt und Asche. Und nun wollen sie auch noch eine Bodenoffensive in Rafah beginnen – diesem letzten noch verbleibenden Ort, an den alle geflohen sind. 1,3 Millionen Palästinenser sind hier nun zwischen dem Mittelmeer und der ägyptischen Grenze gefangen, während die israelische Armee „zur Vorbereitung“ bereits die ersten Bomben auf die Flüchtlingslager wirft.

Die israelische Regierung erklärt zynisch, die Flüchtlinge müssten woan-

ders hin flüchten. Doch sie weiß ganz genau, dass dies unmöglich ist. Wohin sollten sie schließlich hin, wo große Teile Gazas völlig zerstört sind und die Grenze nach Ägypten geschlossen ist? Und wie sollen sie – jetzt schon geschwächt – eine weitere Flucht überleben? Eine halbe Million Palästinenser ist bereits akut vom Hungertod bedroht. Vor den Augen der Welt bereitet der israelische Staat einen weiteren Massenmord vor!

Heuchlerisch mahnen US-Präsident Biden oder Außenministerin Baerbock, Israel dürfe nicht „zu weit gehen“ und müsse die Zivilbevölkerung schützen.

Doch gleichzeitig liefern alle westlichen Großmächte weiter Waffen für dieses Massaker. Und mitten in der schlimmsten Hungerkatastrophe haben die USA, Frankreich, Deutschland und andere Staaten obendrein ihre Zahlungen an das UN-Hilfswerk eingestellt, das als einziges die Bevölkerung noch mit Lebensmitteln versorgt und Krankenhäuser betreibt. Die Westmächte tragen damit aktiv dazu bei, die palästinensische Zivilbevölkerung zu terrorisieren.

Für das, was sich im Moment in Israel/Palästina abspielt, gibt es keine Rechtfertigung. Auch der Völkermord an den Juden im 2. Weltkrieg ist keine Entschuldigung. Erstens haben die Palästinenser keinerlei Schuld daran. Und zweitens haben auch wir hier in Deutschland gerade wegen des barbarischen Völkermords der Nazis eine Verantwortung, wachsam zu sein und mindestens unsere Stimme zu erheben, wenn etwas Ähnliches wieder passiert. Und willkürlich zu morden, skrupellos auf unbewaffneten Zivilisten zu schießen, nur weil sie Palästinenser sind, gezielt Krankenhäuser zu zerstören und einer ganzen Bevölkerung – Kindern, Alten und Kranken – Medikamente, Nahrung und sogar Trinkwasser zu verweigern, das kommt einem Völkermord furchtbar nah.



Die israelische Armee wirft bereits die ersten Bomben auf das völlig überfüllte Rafah!

Finland: Generalstreik gegen Angriffe auf die Arbeitenden

300.000 der 5,5 Millionen Finnen haben Anfang Februar gegen einen massiven Sparplan der Regierung gestreikt. KITAS, Flughäfen, Nahverkehr, Geschäfte, Hotels und die Post waren zu.

Ende letzten Jahres hat die konservative Regierung aus strategischen Gründen erst „nur“ bei den Arbeitslosen – also bei einem der schwächsten Teile der Arbeiterklasse – gespart... um jetzt in einem nächsten Schritt alle Arbeitenden anzugreifen. Nach ihren Plänen sollen Arbeitende einfacher gekündigt werden können und für den ersten Krankheitstag keine Lohnfortzahlung mehr bekommen. Geringverdienenden soll der Wohngeldzuschuss gestrichen werden, während gleichzeitig Besserverdienende weniger Steuern zahlen sollen. Außerdem soll das Streik- und Demonstrationsrecht eingeschränkt werden, um es Arbeitenden schwerer zu machen, sich gegen künftige Angriffe zu wehren.

Finland hat eine sehr lange Grenze zu Russland. Es herrscht eine – von der Regierung auch gezielt geschürte – Stimmung, dass man angesichts eines möglichen Krieges mit Russland zusammenhalten und neue Prioritäten setzen müsste (z.B. mehr Geld für Rüstung ausgeben). Dies versucht die Regierung zu nutzen, um im Interesse des Kapitals Angriffe auf die Arbeitenden durchzusetzen, die bislang undenkbar schienen. Hunderttausende Arbeitende haben jedoch auf die einzig richtige Art reagiert: indem sie gegen die Sparpläne und die Angriffe auf ihr Streikrecht... gestreikt haben.

Nahverkehr (NRW): 43 Stunden-Woche? Nein, danke!

Die Vorstände der Nahverkehrsbetriebe haben einen regelrechten Großangriff auf die Beschäftigten begonnen. Sie wollen nicht nur durchsetzen, dass insbesondere die Bus- und Straßenbahnfahrer „freiwillig“ bis zu 43 Stunden in der Woche arbeiten – und das bei den chaotischen Arbeitszeiten und dem massiven Arbeitsdruck, unter dem sie heute schon stehen. Wer krank wird, soll obendrein teils mehrere hundert Euro weniger Lohnfortzahlung bekommen, da künftig bei Krankheit nur noch das Grundgehalt und keine Schichtzulagen mehr gezahlt werden sollen. Außerdem sollen Kranke schneller und einfacher gekündigt werden können.

Sprich: Die Kolleg*innen sollen nicht nur noch länger arbeiten – unter Bedingungen, die jetzt schon krank machen. Sie wollen sie auch noch zwingen, krank zur Arbeit zu kommen... um sie dann auf die Straße zu setzen, wenn es gar nicht mehr geht.

Doch diese antworten auf beste Weise: mit ganztägigen Streiks im ganzen Land, in denen sie ihrerseits offensiv kürzere Arbeitszeiten und gesündere Arbeitsbedingungen für Alle fordern!

BASF: Hinter der Fassade

BASF gibt sich hier ja gerne als Vorzeige-Konzern, was Löhne, Arbeitsbedingungen und sonstige „Standards“ angeht. Jetzt wurde bekannt: BASF hat (wie auch andere deutsche Firmen wie VW, Lidl oder Puma) in den letzten fünf Jahren nicht nur von der Zwangsarbeit der Uiguren profitiert – einer muslimischen Minderheit, die seit 2017 vom chinesischen Staat zu Hunderttausenden in Lager gesteckt und als Zwangsarbeiter missbraucht wird.



Leitende Angestellte bei BASF in China beteiligten sich aktiv an der Versklavung der Uiguren

In der Region, in der die Uiguren leben und gefangen gehalten werden, betreibt BASF obendrein in einem Joint Venture zwei Werke, deren leitende Angestellte aktiv an dem Ausspionieren und der Verhaftung von Uiguren beteiligt waren.

BASF will jetzt seine Anteile an diesen beiden Werken verkaufen, um die Fassade aufrecht zu

erhalten – besonders angesichts seiner Vergangenheit. Denn BASF ist nicht nur für den Einsatz von Zwangsarbeitern unter den Nazis berüchtigt, sondern auch für die Produktion von Zyklon B, mit dem Millionen Juden in den Vernichtungslagern vergast wurden. BASF versichert, dass es sich künftig darauf beschränken wird... aus der „normalen“ Ausbeutung der chinesischen Arbeiter Kapital zu schlagen.

Aufrüstung: Eine tödliche Spirale

Erneut hat eine Diskussion begonnen, dass man noch mehr und noch schneller aufrüsten müsse. CDU-Politiker fordern, statt 100 nun 300 Milliarden Euro zusätzliche Schulden dafür zu machen. Verteidigungsminister Pistorius verlangt die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Kanzler Scholz hat vor wenigen Tagen stolz die neue Fabrik von Rheinmetall eingeweiht, die 200.000 Artillerie-Geschosse pro Jahr produzieren soll, damit Deutschland für den Kriegsfall „unabhängig“ und „gerüstet“ sei. Und einige Politiker von SPD, CDU und FDP diskutieren sogar, dass Deutschland Atomwaffen bräuchte. Was kommt als nächstes?

Sie alle erzählen uns das alte Märchen, dass man durch massive Aufrüstung „abschrecken“ und Frieden sichern würde. Doch wenn die Aufrüstung aller Staaten für Frieden sorgen würde, hätte es weder den 1. noch den 2. Weltkrieg gegeben. Die Wahrheit ist: Mit dieser militärischen und ideologischen Aufrüstung bereiten sie sich und uns auf Krieg vor!

Denn die Ursache der Kriege sind nicht einzelne machtgierige Diktatoren wie Putin. Die Ursache der Kriege ist der Kampf der Konzerne und ihrer Staaten um Profit und Macht. Und dieser Kampf wird angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und schrumpfenden Märkte zwischen ALLEN Großmächten immer heftiger – auch zwischen den USA und den EU-Staaten. Ein Donald Trump bringt dies nur weniger diplomatisch zum Ausdruck als andere Spitzenpolitiker.

Hatten sie früher in der NATO einen gemeinsamen Feind, die Sowjetunion, führen auch sie nun zunehmend aggressive Handelskriege und Stellvertreterkriege gegeneinander. Und alle Großmächte, auch Deutschland, bereiten sich darauf vor, für die Interessen ihrer Kapitalisten größere Kriege zu führen.

Wenn wir das verhindern wollen, gibt es nur einen – wenn auch nicht einfachen – Weg: Die Arbeiterklasse, die im Gegensatz zu den Kapitalisten und ihrer Profitgier in keinem Land Interesse an Krieg hat, muss den Herrschenden die Macht weg und die Leitung der Gesellschaft selber übernehmen.

Miele: Aufteilung der Arbeit statt Entlassungen!

Der Miele-Konzern hat angekündigt, 2.000 Arbeitende zu entlassen und 700 Arbeitsplätze von Gütersloh nach Polen zu verlagern.

Es ist ein typisches Beispiel dafür, was gerade in vielen Betrieben passiert.

Bis 2022 hat Miele immer mehr produziert und verkaufen können. Die Gewinne gingen in die Höhe – zur Freude der Konzernbesitzer, der Familien Miele und Zinkann, die zu den 50 reichsten Familien in Deutschland gehören.

Im letzten Jahr sind dann die Verkäufe aufgrund der weltweiten Wirtschaftslaute gesunken. Und sofort entlassen die Miele-Besitzer Arbeitende und sparen an den Löhnen.

Die Arbeiter*innen haben in den Jahren des Aufschwungs immer mehr und schneller arbeiten müssen. Wenn nun weniger zu tun ist, könnten sie wieder langsamer arbeiten.

Vielleicht machen die reichen Konzernbesitzer dadurch etwas weniger Gewinn. Aber das können sie verschmerzen – im Gegensatz zu den Beschäftigten, die auf ihren Arbeitsplatz angewiesen sind.

Betrug ist ihr Geschäft

Nicht nur, dass René Benko Insolvenz für sein Unternehmen (die Signa-Gruppe) angemeldet hat – und trotzdem sein Privatvermögen in Milliardenhöhe behalten darf. Ein Vermögen, dass er unter anderem durch extrem überhöhte Mieten für seine eigenen Galeria-Kaufhäuser kassiert hat, was diese bereits zwei Mal mit in die Insolvenz getrieben hat.

Jetzt kam heraus, dass er obendrein kurz vor der neusten Insolvenz 662 Millionen Euro vom Firmenkonto auf die Konten befreundeter Aktionäre und anderer (ihm gehörender) Firmen überwiesen hat. Sonst wären ja diese Millionen nachher noch für so „unsinnige Dinge“ wie die Bezahlung ausstehender Löhne und Schulden genutzt worden.

Bleibt zu hoffen, dass die Enthüllungen den Beschäftigten von Galeria und der gesamten Signa-Gruppe Kraft geben, sich zu wehren – um nach der Insolvenz nicht mit leeren Händen dazustehen.

Mit all dem erbeuteten Geld kann Benko locker alle Löhne bis zur Rente weiterzahlen, und sogar noch darüber hinaus!

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org